

*„Nie wieder Uniform, nie wieder Soldat
und nie wieder töten müssen!“*

**Ausstellung zur
antimilitaristischen Jugend
vor und nach 1945 am
Beispiel der FDJ**



Logo der deutschen FDJ ab 1946

Nie wieder Faschismus!

1

FDJ im Exil

Die politische und rassische Verfolgung des NS-Regimes im Deutschen Reich zwang viele Menschen zur Flucht ins Ausland. Die Jugend blieb hiervon nicht ausgenommen. Mitglieder des KJVD (Jugendorganisation der KPD), SAJ (Jugendverband der SPD) und Angehörige der SJVD (der SDAP nahestehender Jugendverband) näherten sich Paris an. Entgegen der bis 1933 anhaltenden gegenseitigen Bekämpfung schufen die Mitglieder der linken Jugendverbände 1936 die „Arbeitsgemeinschaft freiheitlicher Jugendorganisationen“, welcher sie mit einer Doppelmitgliedschaft angehörten. Hauptaktivität dieser Organisation bestand in der Herausgabe einer Monatszeitschrift, der Organisation von Diskussionsabenden und dem Mitwirken im spanischen Bürgerkrieg, wobei sie die spanischen Antifaschisten sowohl durch Spenden als auch durch Teilnahme an den internationalen Brigaden unterstützte.

1938 wurde in Prag eine Jugendkonferenz einberufen, bei der die Mitglieder von KJVD, SAJ und SJVD die Freie Deutsche Jugend (FDJ) Prag gründeten, in der ihre vorherigen Organisationen aufgingen. Somit stellt die Prager FDJ bereits eine Wiederbelebung der Volksfrontpolitik dar. Der FDJ Prags schlossen sich ebenfalls Mitglieder der Bündischen und Jüdischen Jugend sowie vereinzelt auch Wehrmachtsdeserteure an.



Fahne der FDJ in England, August 1939

Die FDJ Prags wirkte größtenteils durch politische und kulturelle Aufklärungsveranstaltungen, ebenfalls gab es Versuche FDJ-Mitglieder zurück nach Deutschland zu schleusen, um dort den Widerstand in Deutschland aufzubauen. Kurz vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Tschechoslowakei gab es ein Gespräch der FDJ mit dem Präsidenten der tschechoslowakischen Republik, um die Beteiligung der FDJ bei der Aufklärung deutscher Kriegsgefangener zu planen.

Nach Einmarsch der Wehrmacht änderte sich die Funktion der FDJ. Von nun an organisierte und unterstützte sie ihre Mitglieder und weitere antifaschistische Exildeutsche bei der Flucht. Ernst Hoffmann, Vorsitzender der FDJ der Tschechoslowakei, reiste als erstes nach England, um dort Organisationen und Zivilpersonen zu überreden, Bürgschaften für die Exildeutschen zu übernehmen. Denn in England erhielt man nur mit einem Arbeitsplatz oder mit dem Nachweis, seinen Aufenthalt zahlen zu können, ein Visum. Politische oder rassische Verfolgung stellten bei Ausstellung von Visa eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle.

Bei einem Treffen der ehemaligen FDJ-Mitglieder aus der Tschechoslowakei wurde beschlossen, auch in Großbritannien eine FDJ aufzubauen. Hier gelingt das erste und im Exil einzige Mal, die Freie Deutsche Jugend als Landesorganisation mit mehreren Ortsgruppen aufzubauen. Zu Beginn belief sich das Wirken jedoch vor allem auf die Organisation von Arbeitsplätzen und Unterkünften für die antifaschistischen deutschen Exilanten, wobei auch politische und Kulturveranstaltungen sowie die Veröffentlichung einer Zeitschrift nicht zu kurz kamen.

„Wir glauben, daß nur in einem demokratischen Deutschland die deutsche Jugend wieder frei über ihr Schicksal entscheiden kann. Denn nur Freiheit und Frieden sichern der Jugend die Entfaltung ihrer Kräfte und den Aufstieg zu einer glücklichen Zukunft. Die FDJ sieht ihre Hauptaufgabe in der Pflege des großen deutschen Kulturgutes, das Deutschland den Ruf des Landes der Dichter und Denker eintrug. Die darin verkündeten Ideen der Menschlichkeit und Völkerverständigung sind das beste Rüstzeug gegen den volksfeindlichen Faschismus.“

Aus: Programm der Freien Deutschen Jugend in Großbritannien, 1939

Im Mai 1940 stuft die britische Regierung alle aus Deutschland oder aus mit Deutschland verbündeten Ländern Stammende als „feindliche Ausländer“ ein und sperrte sie in Internierungslager. Hierdurch erweiterte sich die FDJ in großem Ausmaß, da sie nun gemeinsam mit einem Großteil der deutschen Exilanten in den Internierungslagern saßen, ebenfalls befeuerte dies die politische Qualität und Reichweite der FDJ. Im Internierungslager lernten die FDJ-Mitglieder Genossen aus der Exil-KPD kennen und wurden von ihnen politisch gebildet. Auch die Qualität der Zeitschrift erhielt einen Aufschwung, da zwar oftmals keine Bücher, aber Zeitschriften in die Internierungslager geschickt werden durften und nun Buchausschnitte, Gedichte und Aufsätze in der Zeitschrift abgedruckt wurden.

Mit dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion 1941 erkannte die britische Regierung die deutschen Exilanten als antifaschistische Mitstreiter und entließ sie aus der Internierung. In den Folgejahren weitete sich die Mitgliedschaft der FDJ immer weiter aus und fokussierte sich nun auf die Aufklärung über die Verhältnisse in der Sowjetunion und sammelte Spenden für diese, unter anderem für die medizinische Versorgung in Stalingrad. Sie druckten auch die Zeitung der KPD, welche von der Regierung keine eigene Druckerlaubnis erhielt. So bildete sich die gemeinsame Zeitung „Freie Tribüne. Freie Deutsche Jugend“ heraus, bei welcher die KPD die Redaktion übernahm. Diese Zeitschrift etablierte sich und wurde zur Zeitung der deutschen Exilanten Großbritanniens, Kanadas und der USA.

Mit einem Beschluss der britischen Regierung 1943 wurde deutschen Exilanten gestattet, den britischen Streitkräften beizutreten. Ein Großteil der FDJ-Mitglieder schloss sich den britischen Streitkräften im Kampf gegen den Faschismus an. Die vor allem in England Zurückgebliebenen führten die Solidaritätsarbeit mit der Sowjetunion fort. Gegen Kriegsende wurden auch Redebeiträge der FDJ über das Radio des BBC gesendet.

Aufbau im befreiten Deutschland

Die Hoffnung auf die Überwindung des Faschismus und den damit verbundenen Aufbau eines antifaschistischen und demokratischen Deutschlands bewahrheitet sich am 8. Mai 1945, als die Wehrmacht bedingungslos kapitulierte. Bereits zuvor im Exil erarbeitete die Freie Deutsche Jugend Großbritannien (FDJGB) auf ihren Landeskonferenzen Pläne für diesen Neuaufbau.

In Deutschland sind in Folge des von den Faschisten begonnenen Zweiten Weltkriegs große Teile der Wirtschaft, Infrastruktur und anderen gesellschaftlichen Bereichen zerstört. Insbesondere die Umerziehung der Jugend stellte eine große Herausforderung dar, da diese besonders intensiv in der Schule und den faschistischen Jugendverbänden mittels Antikommunismus, Nationalismus, Chauvinismus und Rassentheorie verhetzt wurde.

In der sowjetischen Besatzungszone beschloss die sowjetische Militäradministration zusammen mit der KPD und aus dem Exil zurückgekehrten Vertretern verschiedener Jugendverbände zunächst örtliche, antifaschistische Jugendausschüsse zu gründen. Diese sollten die antifaschistische Umerziehung der Jugend durch Aufklärung und die Beteiligung am Wiederaufbau eines antifaschistischen und demokratischen Deutschlands umsetzen. Bei seiner Gründung stellt beispielsweise der Landesjugendausschuss Mecklenburg-Vorpommern fest:

„Wir haben uns noch einmal die verderbliche faschistische Jugendführung vor Augen gestellt, die dazu beitrug, uns in das jetzige Chaos zu stürzen. Wir haben uns aber auch über den Weg ausgesprochen, der uns aus diesem Chaos führen soll ... Dazu gehört die Ausmerzung nazistischer und militaristischer Denkart, die Erziehung unserer Jugend zu aufrechtem Verantwortungsbewußtsein und zu ehrlichen Vertretern eines freien, demokratischen Deutschlands, das sich als Glied in die Reihe der friedliebenden Nationen neu einfügt [...]

Die Aufgabe der Antifaschistischen Jugend ist es, die Selbstverwaltungsorgane bei der demokratischen Erneuerung Deutschlands zu unterstützen, in erster Hinsicht bei dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft und der Hilfeleistung an die Neubauern, die durch die demokratische Bodenreform Land erhalten haben ... Wir wollen ihnen (den Jugendlichen) die Kulturschöpfungen unserer Meister und derjenigen anderer Nationen näherbringen, damit sie die völkerverbindende Kraft der Künste erkennen. Spiel und Sport sollen der Jugend wahre Lebensfreude spenden.“



Blick in den Saal der 1. Kreiskonferenz der FDJ in Dresden, im Mai 1946



Weltjugendwoche 1946 Berlin

Aus den Jugendausschüssen gründet sich in der sowjetischen Besatzungszone die FDJ und beschließt auf ihrem ersten Parlament die Grundsätze und Ziele der Freien Deutschen Jugend: Das Recht auf politische Mitbestimmung, auf Arbeit und Erholung, auf Bildung und auf Freude und Frohsinn. Für die Verwirklichung dieser Ziele beteiligen sich die Jugendlichen der FDJ sehr intensiv am wirtschaftlichen Wiederaufbau in der sowjetischen Besatzungszone. Dieser Aufbau war verbunden mit dem politischen Kampf für die Umsetzung des Potsdamer Abkommens, in dem die Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung und Dezentralisierung wesentliche Punkte für den Wiederaufbau eines geeinten deutschen Staates sein sollten, der ab jetzt für Frieden und Völkerfreundschaft wirken sollte. In Wort und Tat stritt die FDJ dafür, die Faschisten aus allen relevanten gesellschaftlichen Positionen zu jagen und eine Kultur, Bildung und Erziehung des Friedens und der Völkerfreundschaft zu schaffen. Damit war sie Teil des Aufbaus einer zivilen, demokratisierten Wirtschaft und der Befähigung aller. So konnte die FDJ im Osten für eine grundsätzliche Umorientierung bei der Mehrheit der Jugend wirken, die vorher noch größtenteils in der Hitlerjugend und Bund Deutscher Mädel organisiert waren.

In den anderen Besatzungszonen wurden jedoch die Ziele des Potsdamer Abkommens nicht konsequent verfolgt. So blieben wesentliche Teile der Wirtschaft und der alten Elite, die vom Faschismus profitiert hatten, an der Macht. Entsprechend unterlag auch die Gründung von antifaschistischen Jugendausschüssen oder direkt von FDJ-Gruppen verschiedenen Restriktionen bis zum späteren endgültigen Verbot, während sie im Osten gefördert wurden.

Besonders bemerkenswert ist deswegen die Gründung der FDJ-Gruppe in Hamburg im Sommer 1945.

Diese Gründung ist die eigentliche Geburtsstunde der FDJ in Deutschland. Sie war aufgrund des engen Kontakts mit der Exiljugend in London möglich, welche ihre Erfahrungen aus dem Aufbau im Exil mit nach Hamburg brachte. Aus England wird auch das Symbol der aufgehenden Sonne übernommen. Am 29. 11. 45 wurde die FDJ in Hamburg von der Militärregierung offiziell zugelassen. Ihre Mitgliederzahl betrug 1945/46 circa 1200 Mitglieder. Sie war der größte Jugendverband in Hamburg nach den konfessionellen Jugendorganisationen.

Ohne Mich!

Kampagne gegen die Wiederbewaffnung und Ausbau der Friedensbewegung

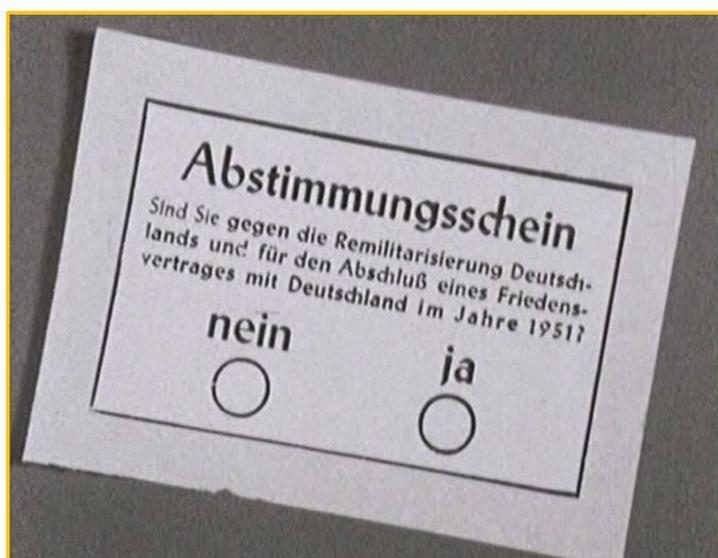
„Ich glaube, ich bin vor dem Verdacht geschützt, ein Vorkämpfer des Kommunismus zu sein. Trotzdem kann ich nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt vor dem Wort Kommunismus, diesem Schrecken, von dem der Faschismus so lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen - die Grundtorheit unserer Epoche.“

Thomas Mann, Der Antibolschewismus - Die Grundtorheit unserer Epoche. 1946 Berlin

Die Einführung einer Armee und den Bruch mit dem Potsdamer Abkommen, welches die Demilitarisierung Deutschlands als Konsequenz aus zwei begonnen Weltkriegen vorsah, konnte nur mit der Täuschung der Öffentlichkeit, am Willen der Mehrheit vorbei durchgesetzt werden. Opposition und Widerstand formierte sich schnell nach Kriegsende gegen die aufkeimenden Gerüchte der Aufrüstung Deutschlands.

Dabei spielte die FDJ eine vorangehende Rolle. In Westdeutschland kämpften die FDJ-Mitglieder von Anfang an für die Einhaltung des Potsdamer Abkommen, gegen einen westdeutschen Separatstaat und für einen zentralen gesamtdeutschen Jugendverband, zusammen mit den FDJ-Mitgliedern in der sowjetischen Besatzungszone. Unter der kriegsgeschüttelten deutschen Bevölkerung und vor allem den Kriegsrückkehrern war eine pazifistische Haltung sehr ausgeprägt. Die verbreitete Grundstimmung war mit der Parole „Nie wieder Militär“ gefasst. Eine Generation, die „nie wieder Uniform, nie wieder Soldat und nie wieder töten müssen“ wollte.

1951 entstand aus der pazifistischen „Ohne Mich!“-Bewegung, welche sich gegen die Remilitarisierung wendete, eine Volksbefragung zur Wiederbewaffnung Deutschlands. Trotz Verbot durch die Adenauer-Regierung wurde die Volksbefragung durchgeführt und über 9 Millionen Menschen stimmten gegen die Wiederbewaffnung.



Stimmzettel zur Volksbefragung

Die FDJ wurde in diesem Zuge ebenfalls verboten und musste ab sofort im Untergrund arbeiten und ihre Bündnisarbeit stärken. Um die aufkommende Bewegung zu delegitimieren, wurden Feindbilder im Osten heraufbeschworen und durch die vulgäre Verdrehung von freiheitlichen und demokratischen Werten progressive Aufstände verunglimpft. Der Antikommunismus war somit fester Bestandteil der Remilitarisierung, was in Anbetracht der schrecklichen Verbrechen, die an der sowjetischen Bevölkerung von der Wehrmacht verübt wurden, absolut wahnhaftige Züge annahm.

Westintegration oder ein neutrales Deutschland?

In dem von der Sowjetunion im März 1952 eingebrachten Dokument, der ‚Stalin-Note‘, wurden unter anderem folgende Fragen in Bezug auf ein geeintes, blockfreies Deutschland behandelt:

- -Organisation von freien Wahlen
- -Strikte Bündnisfreiheit
- -Dauerhafte Fixierung der Oder-Neiße-Grenze

Die Noteninitiative aus der Sowjetunion setzte auf ein vereintes Deutschland, außerhalb des westlichen Blocks. Diese Initiative richtete sich gegen eine Wiederherstellung des deutschen Militarismus und der Einbeziehung Westdeutschlands in den nordatlantischen Block, welches unweigerlich mit der Herstellung des deutschen Militarismus verbunden war.

Adenauer und die Westmächte, allen voran die USA, hatten jedoch zu verstehen gegeben, dass ein neutrales Deutschland nicht in Frage käme. Mit den Bemühungen um die militärische und politische Integration in den Westen stand Adenauer nicht allein da. Gruppen ehemaliger Generäle der Wehrmacht und alliierte Geheimdienste waren im Hintergrund maßgeblich mitbeteiligt. Die ‚offizielle Note‘ hieß ‚Souveränität‘ durch ‚Wiederbewaffnung‘. Gustav Heinemann trat daraufhin aus dem Kabinett Adenauers zurück, um vor den Plänen Adenauers zu warnen.



Hans Globke (Ganz Rechts), Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze sowie von 1953 bis 1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt gratuliert seinem Kanzler Konrad Adenauer (Rechts) zum 85. Geburtstag

Zur Einordnung der Epoche lässt sich sagen, dass die Aufklärung und das Aufdecken über die geheimen Planungen zur Aufrüstung in den 50ern zentral waren für alle politischen Konzepte und Alternativen für ein Deutschland ohne Militär und der Kooperation anstatt der Konfrontation. Zum Beispiel setzte die Sowjetregierung bei dem (nie zustande gekommenen) Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland auf die Ergebnisse der Volksbefragung gegen die ‚Remilitarisierung‘. Die Entwicklung zum ‚Kalten Krieg‘, wie er sich in den 50ern äußerte, war weder alternativlos noch notwendig. Ein ‚Heißer Krieg‘ wurde sicherlich verhindert und die Vorläufer für die Kulturrevolution 1968 gelegt, doch die Losung ‚Nie wieder Militär‘ bleibt aktuell.



Demonstration gegen die Wiederbewaffnung